Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Bankverbindung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dienstag, den 28. September 1926 — Nummer 215

Streik der Hafenarbeiter in Hamburg

Hamburg, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Deutschen Verkehrsbund **für die Hafenarbeiter von Hamburg, Altona und Harburg angeordnete Urabstimmung hat die Ablehnung des Schiedsspruchs mit 4-Fünftel-Majorität ergeben.** Die Hafenarbeiter **bestehen auf ihren Forderungen: Wiedereinführung der Achtstundenschicht, Beseitigung der Doppelschichten, 30prozentige Lohnerhöhung, Zuschläge für die zweite und dritte Schicht und fünftägigen Garantielohn. Ein erneutes Nachgeben ist bei der Kampfbereitschaft der Arbeiter, aber auch bei der provokatorischen Haltung der Unternehmer unmöglich.** Der Deutsche **Verkehrsbund hat zur Unterstützung der Bewegung die Tarife in allen Nordseehäfen und in Kiel gesperrt.**

*

Im Ergebnis der geheimen Abstimmung der Hamburger Hafenarbeiter ist die beste Antwort auf den Schandspruch des Unparteiischen-Ausschusses für die Werften und die feindselige Haltung der Scharfmacher des Hafenbetriebsvereins. Vorgestern hatte der Schlichtungsausschuß Hamburg einen Schiedsspruch gefällt, wonach das bisherige Lohnabkommen und die Manteltarifverträge unter Abänderung verschiedener Bestimmungen verlängert werden sollte.

In der Lohnbewegung der auf den See- und Flußschiffen beschäftigten Arbeiter wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den bisherigen Tarifvertrag und das Arbeitszeitabkommen um ein Jahr bis zum Oktober 1927 verlängert werden soll. Die jetzt gezahlten Lohnsätze sollen bis zum 1. April in Kraft bleiben und eine Nachprüfung der Löhne sollte dann am 1. Januar 1926 verlangt werden können. Die Forderung der Arbeiter sieht neben einer 30prozentigen Lohnerhöhung auch eine Neuregelung des Urlaubswesens vor.

Die Vertreter des DMV haben sich zum Schiedsspruch der Unparteiischen eine Erklärungsfrist von 10 Tagen erbeten. (!)

Die Hafenarbeiter haben die starre und unnachgiebige Haltung der Unternehmer mit dem Streik beantwortet. Dem Beispiel der Hafenarbeiter müssen nun auch die Werftarbeiter folgen. Die Hafenarbeiter dürfen in ihrem Kampfe nicht allein stehen bleiben. Der Verkehrsbund muß seine ganzen Kräfte mobilisieren. Auch die übrigen Branchen, wie Kutscher und Chauffeure, sowie das Verkehrspersonal müssen den Kampf der Hafenarbeiter aktiv unterstützen und sich mit eigenen Forderungen am Kampfe beteiligen. Um von vornherein jede Möglichkeit der Streikbrecherarbeit zu unterbinden, müssen die Hafenarbeiter sofort verlangen, daß das Kampfbündnis mit den Eisenbahnern und den Gemeinde- und Staatsarbeitern, Heizern und Maschinisten hergestellt wird. Darüber hinaus ist für den Sieg der Hafenarbeiter die wichtigste Voraussetzung, daß auch die Werftarbeiter erkennen, daß auch für sie kein anderer Ausweg möglich ist, als jetzt die gemeinsame Front mit den Hafenarbeitern herzustellen. Die Entwicklung des Hafenarbeiterkampfes zwingt nun auch die Werftarbeiter, aus der Defensive zur Offensive überzugehen.

Während die reformistische Führung des ADGB, während Graßmann und Leipart ein Loblied nach dem anderen auf die Wirtschaftsdemokratie singen, während sie der Arbeiterschaft die Demokratie und Arbeitsgemeinschaft als den allein seligmachenden Weg aus dem Ausbeutungselend anpreisen, gehen die Schlichter als die Beauftragten der Bourgeoisie und der Großkapitalisten dazu über, zur Erhaltung und Vergrößerung der Profitrate das Elend der Werft- und Hafenarbeiter zu stabilisieren. Diese Schiedssprüche sind nichts anderes als eine offenbare Provokation der Arbeiter und eine Anerkennung der Unternehmerforderung nach Senkung des Reallohnes und Verlängerung der Arbeitszeit, wie sie von dem Oberscharfmacher Duisberg auf der Dresdner Tagung der Industriellen formuliert wurde.

Die Abstimmung der Hamburger Hafenarbeiter muß das Signal sein auch für die gesamte übrige Arbeiterschaft, dem immer frecher auftretenden Unternehmertum den Willen zur geschlossenen Abwehr der Arbeiter entgegenzusetzen. Der Kampf der Hamburger Hafenarbeiter zeigt aber auch, daß das Unternehmertum mit aller Brutalität und Rücksichtslosigkeit seine Forderungen durchzusetzen bestrebt ist. Die Kämpfe spitzen sich zu und verschärfen sich von Tag zu Tag. Die Arbeiter aber müssen sich entschließen, Schluß zu machen mit Arbeitsgemeinschaft, Schiedsspruchkompromiß und Wirtschaftsdemokratie.

Finden sie sich bereit?

Im „Volksstaat" und in der „Sächsischen Staatszeitung" befinden sich am Sonnabend zwei Artikel, die nur in ihrem Zusammenhang vollverständlich, in ihrer besonderen Absicht sehr beachtlich sind. Der eine Artikel beschäftigt sich mit dem Scheitern der Einheitsliste des Bürgertums, der andere enthält **das konkrete Angebot an die SPD, nach der Wahl eine Regierung mit den ASPS, den Demokraten und eventuell Volksparteilern zu bilden.** Man darf wirklich neugierig auf die Antwort sein, welche die sogenannten „Linken" den Renegaten, den — nach der Terminologie der Linken — Agenten der Bourgeoisie und Verrätern geben werden. Im „Volksstaat" erklärt die ASPS, daß sie es begrüße, daß die Einheitsliste der Bürgerlichen gescheitert sei. Für eine solche Einheitsliste sei kein Grund vorhanden gewesen. Nur die Deutschnationalen seien entzückt von einer solchen Einheitsliste, sie werden an die Völkischen und die Wirtschaftspartei Stimmen verlieren. Die Volkspartei sei schon weniger entzückt gewesen, denn:

„Sie war bisher eine der Trägerinnen der sächsischen Koalitionsregierung gewesen; sie hatte erfahren, wie doch immer **mit den übrigen Koalitionsparteien ein erträgliches Kompromiß in allen Fragen möglich gewesen war. Das bedeutet in Sachsen mit seinem überwiegenden Bruchteil der Arbeiterbevölkerung sehr viel.**"

Mit einer zynischen Offenheit gibt hier die ASPS zu, daß ihr ganzes Wirken darauf abgestellt ist, den Einfluß und den Willen der Arbeiter zu brechen. So verkommen sind die Träger dieser Partei, daß sie den schändlichsten Verrat am Proletariat, die erbärmlichste Hilfeleistung für die Kapitalisten noch als Erfolg preisen. Was heißen obige Ausführungen anders als: „Ohne die ASPS wäre es den Kapitalisten nicht gelungen, ihre brutale Politik so reibungslos durchzuführen. In Sachsen sind die Verhältnisse nicht so schlimm, verkündet die ASPS, für einen Ordnungsblock besteht kein Bedürfnis. Die „Ordnung" zur rücksichtslosen Ausbeutung und Ausplünderung wird von den rechten SPD-Leuten durch die Benebelung der Arbeiter aufrechterhalten.

Die ASPS propagiert die nationale Einheitsfront für die „Staatsnotwendigkeit". Es scheint angebracht, in diesem Zusammenhang ein wenig auf die Frage des Staates einzugehen. Nach den Darstellungen der ASP-Leute wird dem Staat der Klassencharakter genommen. Der Staatsapparat ist eine Einrichtung, die über den Klassen steht und die bei richtiger Anwendung zur Versöhnung der Gegensätze führen kann. Hier treffen sich die rechten im Grunde mit den „linken" SPD-Führern. Wir haben darauf schon mehrfach hingewiesen. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden aber die Aufgaben des Proletariats zu seiner Befreiung nie erkennen, wenn sie nicht die Rolle des Staatsapparates in der kapitalistischen Gesellschaft erkennen werden. Eine politische Gleichberechtigung setzt eine vollständige wirtschaftliche Gleichberechtigung voraus. Diese ist aber nur zu erreichen durch die Ueberführung der Produktions- und Arbeitsmittel in den Besitz der Allgemeinheit. Damit aber würden zunächst einmal die jetzt bestehenden Verhältnisse — nun sagen wir — auf den Kopf gestellt. Die bisher besitzlose Klasse würde die Besitzerin aller Produktions- und Arbeitsmittel, die bisher besitzende Klasse würde besitzlos. Mit dieser Umkehrung der Besitzverhältnisse verschiebt sich aber auch sofort, zum mindesten für den führenden Teil der Klasse, das Interesse an Ruhe und Ordnung. Der von dem siegreichen Proletariat geschaffene Staatsapparat muß sich sofort gegen die jetzt unterdrückte, ehemals besitzende Klasse wenden. Der Besitz der Allgemeinheit muß gegen die ehemals besitzende Klasse geschützt werden, wie diese ehemals das Privateigentum gegen das Proletariat durch den Staatsapparat schützte. Erst wenn dann, im Verlaufe der Entwicklung, nach vielleicht vielen Jahren, oder gar Jahrzehnten, die Klassen verschwunden sein werden, dann wird der Staatsapparat überflüssig. Solange aber der Staatsapparat bestehen muß, ist er immer ein Instrument in den Händen der herrschenden Klasse gegen die beherrschte. Herrschen aber wird die Klasse, die sich im Besitz der wirtschaftlichen Machtmittel befindet. Das müssen die Arbeiter überlegen und erkennen, dann werden sie begreifen, daß es keine Einheit zwischen Arbeiter und Kapital, daß es kein Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten geben kann. Wer mit den Kapitalisten zusammenarbeitet, muß deren Besitz schützen, deren Macht stärken und erhalten. Wer den Klassenkampf und den Internationalismus aufgibt, verrät das Proletariat.

Daß die „Rechten" im Lager der Kapitalisten stehen, haben sie den Arbeitern durch ihre Taten zur Genüge bewiesen. Sie treffen denn auch jetzt alle Maßnahmen, unternehmen alles, um im Wahlgang und nach der Wahl den Kapitalisten ihre Unterstützung weiter angedeihen zu lassen. Man kann dabei nur die offene Sprache der Rechten begrüßen.

So erklären sie, daß es außerordentlich unerfreulich wäre, wenn die Kommunisten und Sozialdemokraten allein eine Mehrheit bekommen würden. Diese wäre dann zu keiner fruchtbaren Arbeit (im Interesse des Kapitals?) fähig. Den Sozialdemokraten fehlten die Führer. Gleichzeitig warnen dann die Rechtsend die „linken Freunde" und erklären:

„Das Rezept, das das „Zwickauer Volksblatt" jüngst gegeben hat, nämlich eine rein sozialistische Regierung mit tiller Unterstützung durch die Kommunisten zu bilden, ist zu kindisch, um ernstlich erörtert werden zu können. Die Kommunisten haben viel zu wenig Interesse daran, daß sich die Verhältnisse verfestigen, daß die staatliche Autorität gewahrt bleibe und

1 Milliarde für die Hohenzollern

Das Fürstenkompromiß in Preußen abgeschlossen.

Berlin, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" **bringen die Meldung, daß zwischen der Vertretung der Hohenzollern und der Vertretung der Preußischen Regierung eine volle Einigung über den Vergleich zur Fürstenabfindung zustande gekommen sei.** Man könne erwarten, **daß das Preußische Gesamtministerium seine Zustimmung geben werde.** Ausdrücklich wird in der Meldung **noch hervorgehoben, daß der Exkaiserin sich persönlich um den Abschluß des Abkommens bemüht gemacht habe. Das Nachgeben der Hohenzollern bei diesem Vergleich besteht im Verzicht auf einige baufällige Schlösser. Sonst weicht der neue Vergleich von dem alten kaum ab. Wilhelm behält den wertvollen Grundbesitz, und auch von der nochmaligen Entschädigung von 30 Millionen Mark wird nichts abgestrichen. Gegen diesen Vergleich muß sich im ganzen Land ein Sturm erheben, um den Millionenraub auf Kosten des Volkes noch zu verhindern.**

Erwerbslose und Betriebe in einer Front

Wichtiger Auftakt zum Kongreß der Werktätigen.

Berlin, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Am vergangenen Sonntag fanden in **Berlin, Hamburg und Halle** außerordentlich **gutbeschickte Delegiertenkonferenzen der Erwerbslosen- und Betriebsvertreter statt. Auf allen drei Konferenzen wurde einstimmig ein Appell an alle Delegierten der Erwerbslosen zum Kongreß der Werktätigen angenommen,** in dem es u. a. heißt: **Das vorbereitende Komitee für den Kongreß der Werktätigen hat den Kongreß für Ende November einberufen. Die am 26. September tagende Konferenz der Erwerbslosen- und Betriebsvertreter begrüßt die Einberufung des Kongresses. Die unerhörte wirtschaftliche wie politische Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterschaft, sowie gegen das gesamte werktätige Volk, erfordern von der Arbeiterschaft und allen werktätigen Schichten ein gemeinsames Handeln zur Abwehr dieser Offensive. Die Konferenz erwartet deshalb, daß die Erwerbslosen, die Arbeiter aus den Betrieben, die Gewerkschaften, die Angestelltenräte, die Sozial- und Kriegsrentner, die verelendeten Mittelschichter, die verarmten Kleinbauern und alle Schichten, die unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden haben, aus dem ganzen Reich ihre Delegierten zu diesem Kongreß entsenden. Der Kongreß muß die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf aller dieser Schichten schaffen. Zur Vorbereitung der konkreten Aufgaben der Erwerbslosen im Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit und zur Zusammenfassung der Erwerbslosen im Reichsmaßstab berufen die Konferenzen von Berlin, Braunschweig, Hamburg und Halle eine Reichskonferenz aller Delegierten der Erwerbslosen zum Kongreß der Werktätigen 2 Tage vor Stattfinden des Kongresses ein und fordern alle Delegierten der Erwerbslosen auf, restlos zu dieser Konferenz zu erscheinen.**

Für den Kongreß der Werktätigen

Die Belegschaft der Pränafa-Werke, Gräfrath-Solingen, nahm in ihrer Belegschaftsversammlung einstimmig eine Resolution an, die sich für den Kongreß der Werktätigen erklärt. Die Belegschaft forderte den Ortsausschuß, den Bezirksausschuß und den Bundesvorstand des ADGB auf, sich an den Vorbereitungen des Kongresses der Werktätigen zu beteiligen.

Der Verband der Kriegsgegner (früher „Kriegsteilnehmervereinigung"), Ortsgruppe Wald bei Solingen, begrüßte in seiner letzten Mitgliederversammlung die Einberufung des Kongresses und beschloß, einen Delegierten zu diesem Kongreß zu schicken. Als Delegierter wurde der parteilose Kamerad Flormann gewählt.

Eine Versammlung der organisierten erwerbslosen Metallarbeiter in Stuttgart kritisierte scharf das bisherige passive Verhalten des Ortsausschusses des ADGB in der Erwerbslosenfrage. Die versammelten erwerbslosen Metallarbeiter wandten sich gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der ADGB-Führung und erklärten sich für den Kongreß der Werktätigen.

Cook gegen den Verrat des Reformisten Hodges

London, 28. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Auf den letzten Angriff des Sekretärs der Bergarbeiter-Internationale, Hodges, antwortete Cook in den Spalten des „Daily Herald" mit außerordentlicher Schärfe und kennzeichnete die Niederträchtigkeit dieses englischen Reformisten. Er sagt in der Erklärung u. a.: Herr Hodges hat es der Oeffentlichkeit und den Bergarbeitern wieder einmal gezeigt, daß er im Bergarbeiterkampf jetzt auf der Seite der Unternehmer und der Regierung für Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung steht. Er war der erste, der in einer Erklärung behauptet hat, daß die Bergarbeiter die Arbeitszeitverlängerung annehmen können. Er war es auch, der die Oeffentlichkeit und die Regierung davon informiert hat, daß die Bergarbeiter auch eine Lohnkürzung annehmen würden. Jeder Bergarbeiter würde, über die Haltung Hodges befragt, erklären, daß Hodges als Soldat in der Armee wegen Verräterei längst erschossen worden wäre. In seinem Distrikt würden ihn Bergarbeiter reden lassen. Die Exekutive des englischen Bergarbeiterverbandes und die englischen Bergarbeiter selbst haben keinerlei Illusionen in bezug auf die Frage, wessen Interessen Herr Hodges vertritt. Diese Frage wird auf der nächsten Sitzung der Bergarbeiter-Internationale behandelt werden. Ich bin dessen sicher, schloß Cook, daß die britischen Bergarbeiter nicht gewillt sein werden, weitere Beiträge einer Internationale zu zahlen, deren Sekretär Hodges ist.

Solidaritätsaktion des DMV in Dresden

3000 Mark als zweite Rate für die Bergarbeiter

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Zahlstelle Dresden bewilligte zur Unterstützung der kämpfenden englischen Bergarbeiter zum zweiten Male eine Summe von 3000 Mark aus den Mitteln der Lokalkasse.